

Nachrichten aus dem Februar 2023

Seit dem 01. Januar 2023 ist das „Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren“ in Kraft getreten. Die Verfahren sollen in 6 Monaten abgeschlossen sein. | Lindner will mehr Abschiebungen | GRÜNE Realos fordern radikalen Kurswechsel und eine repressive Flüchtlingspolitik ein. | Sowohl in Sachsen und Bayern nehmen Angriffe gegen Unterkünfte von Geflüchteten zu | Nach dem Terroranschlag von Hanau werden migrantische Orte als kriminell markiert. | Handydaten dürfen nicht anlasslos ausgewertet werden. 13 Nicht-EU Länder benutzen Daten als Identitätsnachweis. | 18 Menschen aus Afghanistan in einem LKW erstickt | Menschenunwürdige Unterbringung in Berlin | Rechte Wissenschaftler | Gewerkschaftsrechte und Krieg in der Ukraine

ASYLVERFAHREN

Neues Gesetz für schnellere Asylverfahren

Seit dem 01. Januar 2023 ist das „Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren“ in Kraft. In spätestens sechs Monaten sollen fortan alle Schutzsuchenden ihren Bescheid durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhalten.

<https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2023/02/23/neues-gesetz-fuer-schnellere-asylverfahren/>

<https://www.proasyl.de/news/dieses-gesetz-wird-die-asylverfahren-nicht-beschleunigen-sondern-verzoegern/>

<https://taz.de/Gesetz-fuer-schnelleres-Asylverfahren!/5899898/>

„FDP-Finanzminister schwenkt nach rechts: Lindner will mehr Abschiebungen“

Bundesfinanzminister Lindner fordert, abgelehnte Asylbewerber*innen konsequenter abzuschicken. „Irreguläre Migration“ müsse eingedämmt werden.

<https://taz.de/FDP-Finanzminister-schwenkt-nach-rechts!/5917794/>

Realo-Gruppe fordert radikalen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik

Eine Gruppe Grüner bezeichnet in einem Memorandum die bisherige Migrationspolitik als verfehlt – und plädiert für drastische Änderungen. Mitunterzeichner ist der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer.

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-realo-gruppe-fordert-radikalen-kurswechsel-in-der-fluechtlingspolitik-a-1b1918e4-94e3-4199-9b3f-58d100a7c1e5>

<https://vert-realos.de/memorandum-fuer-eine-andere-migrationspolitik-in-deutschland>

Dazu eine Meinung von Maximilian Pichl:

1. Unabhängig von jedem Inhalt hat es schon ein Geschmäckle als Grüne eine repressive Migrationspolitik ausgerechnet rund um den Gedenktag an das rechtsterroristische Attentat von Hanau zu veröffentlichen. 2. Die deutschen Aufnahmestrukturen sind nicht wegen zu vieler Geflüchteter am Anschlag, sondern weil die Politik nach 2018 die Kapazitäten wieder heruntergefahren hat, im naiven Glauben jetzt würden erstmals nicht mehr viele kommen. Viele Expert:innen haben das damals kritisiert. 3. Dass Geflüchtete ohne Nachweis der Identität und Papiere zurückgewiesen oder in Aufnahmeeinrichtungen verbleiben sollen ist menschenrechtswidrig, schließt an autoritäre Diskurse an und verkennt die Realität der Flucht und die Probleme Pässe mit sich zu führen. 4. Asylzentren am Rande Europas haben wir schon, das sind die menschenunwürdigen Hotspots. Das Papier sagt nichts dazu, wie dort Menschenrechte gesichert werden sollen. Solche Lager gehören aufgelöst. 5. Asylzentren außerhalb Europas unter EU-Kontrolle bedeuten den Geflüchteten den Zugang zum Rechtsstaat zu versperren, denn dort gibt es keine auf Asylrecht spezialisierte Anwälte oder Rechtsberatungsstrukturen, die den Betroffenen zur Seite stehen. 6. Solche Zentren sind nicht innovativ, werden seit 40 Jahren von

Hardlinern gefordert und haben sich nie als praktikabel oder menschenrechtlich konform erwiesen. Mit Realismus hat das nichts zu tun.

<https://mobile.twitter.com/MXPichl/status/1626896932936327168>

RASSISTISCHE GEWALT

Insbesondere in Sachsen häufen sich Proteste gegen Flüchtlinge

Die Pogrome von morgen

In immer mehr Städten und Dörfern organisieren Rechtsextreme Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten. Wie in den vergangenen Jahren ist das Problem in Sachsen am größten.

<https://jungle.world/artikel/2023/06/die-pogrome-von-morgen>

Rechte Gewalt gegen Geflüchtetenunterkünfte: Appell an die bayerischen Bürger*innen und Behörden

Angriffe auf Unterkünfte, Tumulte bei Bürgerversammlungen, Stimmungsmache durch Plakate: Als Betroffenenberatung beobachten wir die Zunahme rechter Agitationen gegen Geflüchtetenunterkünfte in Bayern mit großer Sorge. Wir appellieren gemeinsam mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat an die Bürger*innen und Behörden vor Ort, sich Nazis konsequent entgegenzustellen!

<https://bud-bayern.de/rechte-gewalt-gegen-gefluechtetenunterkuenfte/>

Stigmatisierung der migrantischen Orte gibt es nicht nur in Hanau

Auch nach dem Terroranschlag von Hanau werden migrantische Orte und Menschen als kriminell markiert. Das muss sich ändern. Der Leitartikel.

<https://www.fr.de/meinung/zu-wenig-gelernt-92094494.html>

HANDYDATEN – SOCIAL-MEDIA-PROFIL

Bundesverwaltungsgericht

Bamf darf Handydaten von Geflüchteten nicht anlasslos auswerten

Seit Jahren wertet das Bamf anlasslos Handydaten von Asylsuchenden aus. Jetzt hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden: Diese Maßnahme ist unverhältnismäßig und deshalb rechtswidrig. Die Gesellschaft für Freiheitsrechte und die Klägerin sind erleichtert.

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bamf-handydaten-fluechtlinge-101.html>

<https://www.migazin.de/2023/02/16/bundesverwaltungsgericht-bundesamt-darf-handydaten-von-fluechtlingen-nicht-anlasslos-auswerten/>

EU: Abschiebungen auf Basis von „Social-Media-Profilen“ organisiert?

13 Nicht-EU-Länder akzeptieren laut einem internen Dokument der Kommission manchmal „Profile in sozialen Medien und Telefonkontakte“ als Identitätsnachweis für Abschiebungszwecke.

<https://www.statewatch.org/news/2023/february/eu-deportations-organized-on-the-basis-of-social-media-profiles/>

FLUCHT

18 Leichen in Laster gefunden

Bei Sofia sind an Bord eines Lkw die Leichen von 18 Menschen gefunden worden. Die Flüchtlinge sind offenbar erstickt. Rund 20 Überlebende werden in Kliniken versorgt. Drei Verdächtige sollen festgenommen worden sein.

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/bulgarien-migranten-tote-101.html>

UNTERBRINGUNG GEFLÜCHTETE

Kriegsflüchtlinge in Berlin: Viel Engagement, viel Frust

Die Zivilgesellschaft leistet viel für Ukrainer*innen. Doch oft arbeiten Bürokratie und Politik gegen sie, klagen Flüchtlingshelfer*innen.

<https://taz.de/Kriegsfluechtlinge-in-Berlin/!5917829/>

RECHTE WISSENSCHAFTLER

Ist die Freiheit der Wissenschaft wirklich in Gefahr?

Eine Gruppe von Inhaber*innen von Lehrstühlen hat sich sogar als Verein organisiert und behauptet, dass die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland nicht nur gefährdet, sondern längst verloren sei. Schuld daran seien vor allem die Gender Studies und kritische Studien zum Thema Rassismus.

<https://www.piqd.de/feminismus/ist-die-freiheit-der-wissenschaft-wirklich-in-gefahr>

GEWERKSCHAFTSRECHTE UND KRIEG

In Zeiten wie diesen. Die ukrainische Regierung schränkt im Kriegsrecht Arbeitnehmerrechte ein.

„... Am 15. März (2022) hat das ukrainische Parlament ohne vorherige Diskussion ein Gesetz verabschiedet (...) Der Gesetzestext beinhaltet gravierende Änderungen im Arbeitsrecht, die so lange gelten sollen, wie das Kriegsrecht in Kraft ist. (...)“ **Ein sehr ausführlicher Bericht:**

<https://www.labournet.de/internationales/ukraine/politik-ukraine/in-zeiten-wie-diesen-die-ukrainische-regierung-schraenkt-im-kriegsrecht-arbeitnehmerrechte-ein/>

TERMINE

Lager-watch Treffen,

Samstag 04.03.2023 von 10 – 11.30 Uhr

Infos aus den Gruppen, weitere Diskussion zum Versuch eines Selbstverständnisses und wie wir effektiver arbeiten und mehr Menschen gewinnen und erreichen können.

Hier der Zoom-Link:

<https://helsinki.zoom.us/j/67380775962?pwd=SDdSbDBEd2tyL3FQVE1mOEG0NFNpQT09.>

Online-Veranstaltung am 22.03. in NRW zum Thema Hausordnungen

und Hausrecht in Gemeinschaftsunterkünften – Informationen und Austausch

<https://www.fnrw.de/ehrenamt-initiativen/aktuelle-veranstaltungen-und-schulungen/22032023-online-veranstaltung-hausordnungen-und-hausrecht-in-gemeinschaftsunterkuenften-informationenund-austausch.html>